57. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 10 Pfennig.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 530.
Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

Donnerstag, 8. November 1928
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die französische Krise.

Vor der Berufung Poincarés.

Falls Poincaré ablehnt, Briand mit Tardieu in Front.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

PARIS, 8. November. (12 Uhr mittags.)

Bis zur Mittagsstunde ist noch keine Entscheidung über die Bildung der neuen Regierung bekannt geworden. Der Präsident der Republik hat heute morgen ein halbes Dutzend Abgeordnete und Senatoren verschiedener politischer Richtungen empfangen und wird die Befragungen heute nachmittag fortsetzen. Da die Liste der Besucher mit Le Troquer begann und dann mit Vincent Auriol bis Maginot fortgesetzt wurde, ist es klar, dass der Präsident der Republik sich über die Meinungen des Parlaments auf möglichst breiter Basis informieren will. Bisher wird Poincaré als der kommende Ministerpräsident bezeichnet. Wenn er die Regierung nicht übernehmen will, spricht man jetzt von einem Kabinett der republikanischen Konzentration, zu dem Briand, Loucheur und Tardieu gehören und dessen nomineller Chef ein radikaler Senator, der frühere Finanzminister Clémentel, werden solle. Die Entscheidung wird zum Teil von den Beschlüssen der Fraktionen der Linken abhängen, die heute abend eine gemeinsame Beratung haben, an der auch die Sozialisten teilnehmen. In dieser Versammlung wird es sich zeigen, ob eine verstärkte Neubildung des Kartells und damit eine Linksregierung möglich ist. An dieser Möglichkeit wird stark gezweifelt.

PARIS, 8. November.

Der gestrige Tag hat deutlich gezeigt, dass allgemein die Rückkehr Poincarés gewünscht wird. Fast alle Parlamentarier, auch die radikalen, die gestern zu dem Präsidenten gerufen wurden, haben sich für die Betreuung Poincarés mit der Kabinettsbildung ausgesprochen, weil er nach ihrer Ansicht am besten dazu qualifiziert ist, das Budget für das nächste Finanzjahr bis zum 31. Dezember im Parlament durchzubringen und mit der notwendigen Autorität das Reparations- und Schuldenproblem zu regeln. Auch der Präsident der Republik soll diese Ansicht teilen. Die leitenden Mitglieder der radikalen Partei erklären sich allerdings durch die Beschlüsse des Kongresses von Angers gebunden, aber die Parteierklärung wollte dem Kabinett der nationalen Einigkeit nicht sofort den Kampf ansagen, sondern diese Kampfandrohung sollte sich erst auf die Zukunft beziehen. Die beiden einzigen Punkte, in denen sich die Parteierklärung gegen das Kabinett Poincaré richtete, waren die Abtrennung der Artikel 70, 71 und 71a aus dem Budgetentwurf und die von der Finanzkommission vorgeschlagene Verringerung der militärischen Kredite um 118 Millionen. In diesen beiden Punkten hätte nach Ansicht vieder Radikaler eine Einigung erzielt werden können: denn im Ministerrat war beschlossen worden, dass die Regierung sich nicht der Abtrennung der Artikel über die ausländischen Missionen widersetzen würde. Ausserdem hatte sich der Kriegsminister mit den meisten Kreditherabsetzungen für sein Ressort einverstanden erklärt. Es dürfte also Poincaré nicht schwer fallen, unter den radikalen Abgeordneten und Senatoren vier neue Minister zu finden, die bereit sind, in ein nach links orientiertes Konzentrationskabinett einzutreten. Dies Konzentrationskabinett müsste sämtliche Parteien von den sozialistischen Republikanern bis zu den gemässigten Linksrepublikanern umfassen, das heisst,

es müsste die im bisherigen Kabinett durch Marin vertretene republikanisch-demokratische Union ausgeschlossen werden.

Die Frage ist jetzt, ob Poincaré, wenn er, wie man erwartet, heute abend oder morgen vom Präsidenten der Republik gebeten wird, die Bildung des Kabinetts zu übernehmen, dieser Aufforderung Folge leisten wird. Marcel Hutin, der als Vertrauensmann Poincarés angesehen wird, erklärt im „Echo de Paris", dass der bisherige Regierungschef nicht geneigt sei, das neue Kabinett zu bilden. Er habe erklärt, dass es seine Würde ihm nicht erlaube, irgendeinen Punkt des Programms, das vom Kabinett in aller Einigkeit angenommen, und das heute ebenso notwendig ist wie gestern, in Frage zu stellen. Nach der letzten Forderung erscheine es ihm jedoch als sicher, dass wenigstens ein Teil dieses Programms aufgegeben werden müsse. Ausserdem glaube Poincaré, dass die Haltung der Finanzkommission der Kammer und die in Angers von Malvy und Lamoureux gespielte Rolle ihm nicht erlaube, auf eine Erleichterung seiner Aufgabe von dieser Seite her zu rechnen. Falls Poincaré auf seiner Weigerung beharren sollte, rechnet man in Kammer und Senat auf ein

Kabinett der republikanischen Konzentration, in dem Briand und Tardieu die wichtigsten Posten bekleiden werden.

Die sozialistisch-republikanische Gruppe, bei der Briand und Poincaré hospitieren, hat an die anderen Linksparteien Einladungsschreiben zu einer gemeinsamen Sitzung gesandt. Diese Sitzung der Fraktionen wird vielleicht heute nachmittag zustandekommen.

Caillaux, der an der Eröffnungssitzung des Senats nicht teilgenommen hatte, erschien in den Wandelgängen des Senats und wurde sofort von seinen Freunden umringt. Er sprach sein Erstaunen über die Wendung aus, welche die Ereignisse genommen haben, und missbilligte offen die letzten Manöver des Kongresses in Angers. Nach seiner Ansicht hätten die radikalen Minister nicht am Parteikongress teilnehmen sollen. Die radikale Zeitung „L'Oeuvre", die die durch den Kongress hervorgerufene Krise missbilligt, erklärt heute von neuem: „Man müsse es bedauern, dass die Radikalen allein die Verantwortung für den Bruch auf sich genommen haben, der durch die Forderungen der Rechten seit langem unvermeidlich geworden war, und von dem sich jetzt die Rechte in geschickter Weise reinwaschen könne.

Die Reichsregierung soll eingreifen!

Was eine Parlamentsdebatte lehrt.

Von

Paul Steinborn.

Wer gestern und vorgestern den Verhandlungen des preussischen Landtags beigewohnt hat, der erhielt klare Antwort auf so ziemlich alle die schwerwiegenden Fragen, die durch die Massenaussperrung in der nordwestlichen Eisenindustrie aufgeworfen worden sind. Selten wurden zwei Parlamentstage besser angewandt. Die preussischen Regierungsparteien haben sich zweifellos ein Verdienst erworben, als sie durch dringlich formulierte Interpellationen und Uranträge diese Debatte erzwangen. Und zwar erblicken wir dieses Verdienst nicht bloss darin, dass beredte Sachwalter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer schroff entgegengesetzte Anschauungen und Forderungen nunmehr auch von der Parlamentstribüne herab dargelegt haben, so dass jetzt jedermann sich sein Urteil selbst bilden kann. Die weit grössere Bedeutung dieser beiden Tage ist vielmehr in der Erkenntnis zu suchen, dass die Reichsregierung sich in Uebereinstimmung mit sämtlichen politischen Parteien und der öffentlichen Meinung befinden würde, wenn sie nicht erst die Entscheidung des Duisburger Arbeitsgerichts abwartete, sondern sich schon vorher zum Handeln entschlösse. Denn diese Landtagsdebatte hat vor allem gezeigt, wie ernst die Besorgnisse sind, mit denen die Allgemeinheit der weiteren Entwicklung entgegensieht. Die Debatte wird daher, so muss man hoffen, die ausgesperrten Hunderttausende in dem Entschluss bestärken, wie bisher Disziplin zu bewahren. Die Arbeitgeber aber können sich jetzt einen Ueberschlag machen, von wem und in welchem Umfange sie Zustimmung und Unterstützung erwarten können. Denn im Reichstag, wo am nächsten Montag das noch einmal wiederholt werden wird, was soeben gesagt worden ist, liegen die Dinge für sie taktisch auch nicht anders als im Landtag, und niemand wird behaupten können, dass sie hervorragend aussichtsreich lägen. Vielleicht ist das dem unvoreingenommenen Beobachter soeben im Landtag niemals so deutlich zum Bewusstsein gekommen wie während des Paidoyers, das der deutschnationale Abgeordnete Dr. Deerberg zugunsten der Arbeitgeber hielt. Schon aus dem Umstande, dass seine Fraktion gerade ihn zum Redner bestellte, konnte man nämlich entnehmen, wie die Arbeitgeber selber ihre Situation einschätzen.

Die Wahl war geschickt und bezeichnend. Dr. Deerberg ist einer der besten Redner des Hauses und rechtfertigte diesen Ruf in jeder Beziehung. Es war geradezu ein ästhetisches Vergnügen, ihm zuzuhören, so vollendet in der Form und so leicht fügte er Argument an Argument. Es kommt nicht häufig vor, dass ein Redner der Opposition so ruhig und sachlich angehört wird, wie das bei ihm der Fall war. Aber das geschah nicht deshalb, weil er mit jedem Satz zum Ausdruck zu bringen suchte, dass er Ueberzeugung vortrage, es geschah in Wirklichkeit deshalb, weil er immer wieder so sorgsam bedacht blieb, nirgends über die Grenze hinauszugehen, wo seine Ueberzeugung aufhörte und die Beweisführung der Eisenindustriellen anfing. Und so wurde vorgestern das Plaidoyer gegen seinen Willen mehr als einmal zur Anklagerede. Ja, und hat denn ausser Herrn Deerberg überhaupt noch jemand für die Arbeitgeber gesprochen? Der volksparteiliche Abgeordnete Leidig. Aber was er ausführte, wirkte erst recht nicht, schon weil ihm die rednerischen Mittel fehlen, die Dr. Deerberg zur Verfügung stehen. Unmittelbar links von der Volkspartei aber trat an die Stelle mehr oder weniger lauer Verteidigung die offene Gegnerschaft, und gleich besonders scharf beim Zentrum. Der Demokrat Hartmann wies dem deutschnationalen Redner nach, dass er trotz aller Vorsicht noch immer zuviel getan habe. So zum Beispiel mit der These, dass die Verbindlichkeitserklärung ins Leere gefallen sei, weil infolge der Kündigung kein Arbeitsverhältnis mehr vorhanden gewesen sei, auf das sie sich hätte auswirken können. Aber wie schon die Interpellation des Zentrums in Ton und Forderung noch erheblich über die Anträge der anderen beiden Regierungsparteien hinausgegangen war, so erwiesen sich auch die Redner des Zentrums als die weitaus schärfsten Kritiker der Eisenindustriellen.

Es wird behauptet, dass für einen Teil der Arbeitgeber andere, innenpolitische, Gründe und nicht bloss die Sorge um die Stetigkeit der Produktion und die Zukunft der deutschen Wirtschaft massgebend gewesen seien, und

Der Jahrestag des Bolschewismus.

Heerschau am Grabe Lenins.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

MOSKAU, 8. November.

Der heutigen Galaparade von 16 000 roten Soldaten folgte der Vorbeimarsch von 450 000 Arbeitern am Grabe Lenins. Einundzwanzig hinter den roten Zinnen des Kremls aufgestellte Geschütze salutierten, die von Massenmusikkorps gespielte Internationale. Neue Kampfflugzeuge überflogen den Roten Platz. In vollendeter Schlachtordnung zogen Dutzende von „Tachankas", leichte, vierrädrige, mit je zwei Maschinengewehren bestückte Wagen vorüber, wie sie die Rote Armee ihrem Feinde aus dem Bürgerkriege, dem ukrainischen Anarchistenführer Makno, nachgeahmt hat, von drei wild galoppierenden Ponies gezogen, das Grab Lenins, gefolgt von Abteilungen reitender Kosaken mit Lanzen und weissen Handschuhen sowie zehn Batterien Feldgeschützen, tadellos ausgerichtet. Veteranen der „Schreckenstruppen des Bolschewismus" marschierten vorbei, ebenso die Ausbildungskorps der jungen Arbeiter. Aber die vibrierende Atmosphäre, die sonst diese roten Paraden charakterisierte, war diesmal nicht ganz so ausgeprägt, vielleicht weil die Menge auf den dekorierten Tribünen nicht ganz so begeistert war, wie sonst. Auch vermisste man Woroschilows napoleonisches Abreiten der Front, gefolgt von Adjutanten. An seiner Stelle inspizierte Präsident Kalinin in seinem schon historisch gewordenen bequemen Anzug und Trilhyhut die Rote Armee in einem amerikanischen Automobil. Kalinins Ansprache war abgesehen von ihrem ausserordentlich sanften Tone, uninteressant. Er folgte dabei dem Beispiel der Parteikundgebungen und der Parteipresse, die kaum „den teuflischen Hass der Kapitalisten auf die Sowjets" erwähnten und es vorzogen, das Proletariat zur Feier des Gedächtnisses der Toten der Revolution aufzufordern. Auch in dem Arbeitervorbeimarsch, welcher der militärischen Parade folgte, wurden nur wenige jener robusten und provokatorischen Karikaturen ausländischer Staatsmänner getragen, die das Charakteristikum aller früheren Demonstrationen waren.

Streikkrawalle in Bordeaux.

(Telegramm unseres Pariser Bureaus.)

PARIS, 8. November.

Der Hafenarbeiterstreik in Bordeaux hat sich weiter ausgedehnt. Die Transportarbeiter haben sich der Streikbewegung angeschlossen und bereits gestern früh die Arbeit niedergelegt. Am Nachmittag kam es zu einem heftigen Zusammenstoss zwischen Streikenden und Arbeitswilligen. Drei Senegalesen, die sich nach dem Hafen begeben wollten, um dort ihrer Arbeit nachzugehen, wurden von den Streikenden angegriffen und verletzt. Die Angreifer ergriffen beim Erscheinen der Polizei die Flucht. Die drei verletzten Senegalesen mussten in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Ausserdem sind über die Mauern des Kasernenhofes gestern antimilitärische Propagandazettel geworfen worden, in welchen die Soldaten aufgefordert werden, von ihrer Waffe keinen Gebrauch gegen die Streikenden zu machen. Ein kommunistischer Agitator, der aus Anlass des Streiks nach Bordeaux kam, ist verhaftet worden.

Die sozialistische Fraktion hat den Abgeordneten Favre beauftragt, in der heutigen Kammersitzung vor Beginn der Kammer über die Angelegenheit Ricklin und Rossé einen Antrag auf Erlass einer allgemeinen Amnestie für alle politischen Vergehen zu stellen. Falls dieser Antrag abgelehnt wird, wird die Fraktion nicht an der Abstimmung über den Fall Ricklin und Rosseé teilnehmen.